



+ VA/TP



LG
AS

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der ÖVP-Landtagsabgeordneten Dr. Fritz AICHINGER, Mag. Alexander NEUHUBER, Mag^a. Barbara FELDMANN, DI Roman STIFTNER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 27.1.2012 zu Post 2 der Tagesordnung

betreffend Mittel des Europäischen Globalisierungsfonds

Der Globalisierungsfonds (EGF) ist ein wichtiges Instrument in der derzeit angespannten wirtschaftlichen Lage Europas. Mit dem EGF werden verschiedenste Maßnahmen finanziert, um Personen etwa bei der Arbeitssuche und bei Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen. Weiters werden unternehmerische Selbständigkeit und Unternehmensgründungen gefördert.

Nach einem vorliegenden Entwurf wird der Europäische Globalisierungsfonds (EGF) mit der Periode 2014-2020 inhaltlich ausgeweitet. Konkret werden Arbeiter und Angestellte, geschäftsführende Inhaber von KMU und Selbstständige (darunter auch Landwirte) unterstützt. Da auch in der Landwirtschaft Arbeitsplätze gesichert werden sollen, gilt es festzuhalten, dass Arbeiter, Angestellte, Selbstständige und Landwirte finanziell und ihrem Ansehen nach gleichzustellen sind. Ein gegenseitiges Auspielen der jeweiligen Berufsgruppen ist weder in politischer, noch in finanzieller Weise unterstützenswert. Daher gilt es, die Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anteilig zu heben, um finanzielle Gleichbehandlung herzustellen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die österreichische Bundesregierung sowie die österreichischen Abgeordneten im EU-Parlament mögen sich dafür einsetzen, dass es zu keiner Verringerung der Mittel des Europäischen Globalisierungsfonds für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie im Wirtschaftssektor kommt. In diesem Zusammenhang wird festgehalten, dass es zu keinem Auspielen von Berufsgruppen kommen darf. Darüber hinaus gilt es, eine nachhaltige Struktur- und Beschäftigungsstrategie für Sektoren, die besonders stark von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind, zu entwickeln.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 27.1.2012